

Newsletter der Landtagsabgeordneten und Landtagsvizepräsidentin Heike Hofmann

- Aktuelles aus dem Landtag -

November 2022

Liebe Leserin, lieber Leser meines aktuellen Newsletters,

der Angriffskrieg Putins auf die Ukraine mit seinen Folgen, die hohe Inflation, hohe Lebenshaltungskosten sowie die Auswirkung der Corona-Pandemie stellen uns bekanntermaßen vor große Herausforderungen.

Wir, die SPD in Hessen sind der festen Überzeugung, dass nicht nur der Bund mit dem rund 95 Milliarden Euro-Entlastungspaketen den Bürgerinnen und Bürgern hilft, sondern auch das Land Hessen in der Pflicht ist, zu helfen. Deshalb fordern wir von Hessen einen sogenannten Notfallfonds, z. B. für soziale Einrichtungen, die auch unter hohen Energiekosten leiden. Die SPD ist zurzeit in Verhandlungen mit der schwarz-grünen Landesregierung, um ein 200-Millionen-Euro-Programm aufzulegen. Auch in der Corona-Pandemie hat die SPD im Sinne der Sache, der Notsituation, mit der Landesregierungen um gute Entscheidungen gerungen.



Neben den ukrainischen Geflüchteten kommen über die sogenannte Balkanroute viele Geflüchtete wieder zu uns. Für uns ist es sehr wichtig, dass das Land die Kommunen bei dieser Aufgabe noch stärker unterstützt, indem es die Pauschalzahlungen erhöht, mehr Landesimmobilien zur Unterbringung zur Verfügung stellt, die Erstaufnahmeeinrichtungskapazitäten erhöht und Landesgelder für eine bessere personelle Ausstattung der Ausländerbehörden vergeben werden. Alle Akteure, das heißt Land, Kommunen, Träger etc. sollten im Rahmen eines Flüchtlingsgipfels zusammenkommen, um auf Augenhöhe diese Aufgabe zu bewältigen.

Im Hessischen Landtag haben wir zudem die schwarz-grüne Landesregierung aufgefordert, sich nicht an dem schäbigen Spiel der CDU der Blockade des Bürgergeldes zu beteiligen. Das Bürgergeld ist nicht nur eines der wichtigsten Sozialreformen dieser Zeit, sondern hilft vielen Menschen in schwierigen Lebenslagen und vermittelt gezielt und besser in Arbeit.

Wir als hessische SPD wollen unsere Demokratie stärken und die Partizipation junger Menschen verbessern. Deshalb fordern wir für junge Menschen ab 16 Jahren nicht nur das Kommunalwahlrecht, sondern nun mit einem eigenen Gesetzesentwurf das Wahlrecht bei Landtagswahlen. Wir wollen, dass gerade junge Menschen mit über ihre Zukunft entscheiden können.

Zudem haben wir im Hessischen Landtag deutlich gemacht.

Die Geheimniskrämerei bei den NSU-Akten schürt Misstrauen.

Im Umgang mit den NSU-Akten muss die schwarz-grüne Landesregierung endlich mehr Transparenz herstellen, um das Vertrauen in den Rechtsstaat und sein Handeln zu stärken.

Ich wünsche Ihnen/Euch bereits jetzt schon eine schöne, nicht zu stressige Adventszeit!

Bleiben Sie/bleibt Ihr gesund!

Es grüßt herzlich Ihre/Eure

Heike Hofmann, MdL
Landtagsvizepräsidentin

Weitere Informationen finden Sie/ihr unter: www.heikehofmann.net

Wilhelminenstraße 7a, 64283 Darmstadt, Tel.: (06151) 3929473, E-Mail: info@heikehofmann.net